

Der Widerstand gegen einen Genozid ist nicht kriminell

Solidaritätsaktionen mit den *Ulm5*

In den vergangenen zwei Wochen, am 16., 27. und 29. Oktober 2025, haben wir vom Palästina-Komitee Stuttgart uns mit vielen anderen vor dem Stuttgarter Amtsgericht versammelt, um unsere Solidarität mit den *Ulm5* zu zeigen. Fünf Genoss:innen sind schon seit 08. September 2025 in verschiedenen Haftanstalten in Stuttgart und Baden-Württemberg gefangen. In drei Anhörungen sollte der Richter darüber entscheiden, ob die Aktivist:innen aus der U-Haft entlassen werden oder noch länger im Gefängnis bleiben müssen.

Die Vorwürfe lauten Farbbeutel und politische Graffiti sowie Rauchbomben und Einbruch in die Räume der Niederlassung der israelischen Rüstungsfirma Elbit in Ulm. Die Sachbeschädigung verschärft die Staatsanwaltschaft mit der Anklage der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung (§129 STGB). Diese Beschuldigung, die sich eigentlich gegen organisierte Kriminalität richtet, wurde in der Vergangenheit bereits öfters gegen Klimaaktivist:innen erhoben, das Strafmaß ist hoch und kann bis zu 5 Jahren Gefängnis lauten.

Bisher gibt es nur eine Entscheidung vom Amtsgericht zu den Anhörungen. Eine Gefangene sollte gegen Kautions und mit strengen Auflagen freikommen aus der Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch sofort Einspruch erhoben und vor dem Landgericht Recht bekommen. Die Gefangene muss in Haft bleiben. Vermutlich wird die eigentliche Hauptverhandlung gegen die *Ulm 5* Anfang des Jahres 2026 beginnen.

(siehe dazu auch die Instagramseite von *The Ulm5* <https://www.instagram.com/theUlm5/>)

Viele Jurist:innen und Medienvertreter:innen versäumen es regelmäßig, darüber zu berichten, warum die Firma Elbit das Ziel von Protestaktionen ist. Elbit ist einer der größten israelischen Waffenproduzenten und beliefert die israelische Armee zu 80% mit militärischer Ausrüstung. Ihre Produkte u.a. Kampfdrohnen, Panzermunition und -technik sowie eine Vielzahl weiterer Munitionsarten und so genannte Überwachungstechnologie für die Apartheid-Sperranlagen werden seit vielen Jahren und schon vor dem Genozid in Gaza mit zahlreichen Kriegsverbrechen in Verbindung gebracht. Schon seit längerer Zeit laufen daher auch in der Bundesrepublik von vielen Seiten Proteste gegen Elbit. Seit dem Genozid in Gaza schnellen die Profite dieser Waffenschmiede in die Höhe. Menschenrechts-NGOs können für die Zeit des Genozids in Gaza klar schwere Kriegsverbrechen nachweisen, bei denen Elbit-Produkte zum Einsatz kamen. Es ist klar, wer wie die *Ulm5* gegen Elbit vorgeht, versucht den Genozid in Gaza zu stoppen, Kriegsverbrechen zu verhindern und setzt sich dafür ein, dass

der Massenmord an Zivilist:innen, darunter sehr viele Kinder, beendet wird (zum Einsatz von Elbit-Produkten bei Kriegsverbrechen siehe auch

American Friends Service Committee

<https://afsc.org/gaza-genocide-companies> und

und die Zusammenstellung unter

https://cdn.ubcdinvest.org/static/elbit_systems_dossier.pdf

Dazu kommt, dass führende Vertreter:innen des deutschen Staates, der die *Ulm5* kriminell nennt und hart verfolgt, selbst mit einer massiven Zahl von Anzeigen und Anklagen bei verschiedenen Gerichten zu kämpfen haben. Die juristischen Schritte betreffen vor allem Vertreter:innen der vergangenen und aktuellen Bundesregierung. Der deutsche Staat ist einer der größten Unterstützer der israelischen Vernichtungskampagne im Gazastreifen. Die deutschen Waffenexporte nach Israel haben sich seit 2023 verzehnfacht und beliefen sich seit 2023 insgesamt auf etwa eine halbe Milliarde Euro (485.103.796 €). Auch angebliche Reduzierungen von Waffenlieferungen nach dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes vom Januar 2024, das die Wahrscheinlichkeit eines Genozids juristisch anerkannte und die BRD völkerrechtlich in die Pflicht nahm, wurden die Waffenlieferungen nicht gestoppt. Das hätte jedoch nach internationalem Recht geschehen müssen. Von Deutschland gelieferte Kampfdrohnen, Kriegsschiffe, die Panzerabwehrwaffen Matador sowie verschiedene Arten von Munition sind nachweislich bei Kriegsverbrechen in Gaza im Einsatz. Ohne das Getriebe der deutschen Rüstungsfirma Renk fährt kein Merkava-Panzer. (siehe dazu den Strafantrag des European Legal Support Centers gegen mehrere führende deutsche Politiker:innen,

https://elsc.support/wp-content/uploads/2025/09/NEW-Strafantrag_Waffenlieferungen_19.9.2025.pdf

und die ELSC-Presseerklärung sowie Presse-Konferenz

<https://elsc.support/the-time-for-accountability-is-now-criminal-complaint-against-german-government-officials-for-aiding-and-abetting-israels-genocide-in-gaza/>

Die Aktionen des Palästinakomitee Stuttgart, unterstützt von vielen anderen Gruppen und Initiativen, trafen auf ein positives Echo. Von Termin zu Termin wurde die Gruppe größer, am 29. Oktober versammelten sich an einem Mittwochnachmittag mehr als 30 Personen aus einem breiten Spektrum, das von weit links über Palästinenser:innen, andere Araber:innen, kurdische Freund:innen bis zu Pax Christi reichte. Pax Christi ist bei Aktionärsversammlungen der Deutschen Bank bereits früher gegen die Beteiligung des Finanzinstituts an der Firma Elbit Systems vorgegangen. Regelmäßig haben sich Aktive aus verschiedenen Städten

Baden-Württembergs aus Ulm, Balingen, Tübingen und Karlsruhe an den Aktionen vor dem Stuttgarter Amtsgericht beteiligt.

Viele Autofahrer:innen hupten uns von der Hauptverkehrsstraße beim Amtsgericht ermunternd zu und Passant:innen lobten unsere Initiative für die *Ulm5*. Eine Hauptparole der Proteste leuchtet vielen ein: „Die Verantwortlichen für den Genozid in Gaza gehören vor Gericht und nicht diejenigen, die versuchen, ihn zu verhindern.“

Die Prozesse werden in den kommenden Wochen und Monaten weitergehen. Lasst uns die Gefangenen weiter solidarisch begleiten.

Lasst unsere Stimmen gegen die Repression noch lauter werden.

30.10.2025 Palästina-Komitee Stuttgart (Pakos)